



Energiestrategie 2030 und die Kommunen

Mit unserer diesjährigen Jahresauftaktsveranstaltung zum Thema „Kommunale Handlungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der Energiestrategie 2030 der Landesregierung Brandenburg“ am 26. Januar 2013 in Potsdam, kamen wir dem vielfachen Wunsch unserer Mitglieder nach, uns diesem durchaus kontrovers diskutierten Thema zu nähern. Unser Schwerpunkt war darauf gerichtet, vor allem die kommunalen Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren. Knapp 30 Gäste kamen an diesem Samstag zusammen, um gemeinsam mit Frau Striewski, Herrn Dr. Eulenhöfer (beide ZukunftsAgentur Brandenburg Energie), Herrn Kunze (Städte- und Gemeindebund Brandenburg) und Herrn Hahn (AG „Windkraft in Schlalach“) den Erfahrungs- und Gedankenaustausch zu suchen. Da alle Impulsgeber ihre Redebeiträge der Geschäftsstelle in Form von PDF-Dateien zur weiteren Verwendung überlassen haben, verzichten wir an dieser Stelle auf eine tiefere inhaltliche Darstellung des Gesagten. (Nachzulesen im Infopool unter: <http://www.kf-land-brandenburg.de/archiv/index.htm>.)



In der Veranstaltungspause wurde die angeregte Diskussion weitergeführt.

Wichtig erschienen dennoch solche Feststellungen, dass es sich in der Tat um einen noch zu lösenden Widerspruch handelt, wenn festgestellt wurde, dass die schon jetzt erreichten bzw. zu erreichenden Kapazitäten gar nicht genutzt werden können, weil das vorhandene Leitungsnetz dafür nicht mehr reicht. Und, das brachte u. a. der Beitrag des Vertreters der AG „Windkraft in Schlalach“ deutlich zum Ausdruck: Es bedarf eines langen Atems bei allen Beteiligten, ehe man die ersten „Früchte“ ernten kann und man tatsächlich von einer kommunalen Wertschöpfung durch einen gemeinsam betriebenen Windpark reden könne. Am Anfang steht in solchen Fällen erst einmal das Schaffen von Akzeptanz – wenn man diese nicht mehrheitlich erreicht, sollten solche Projekte fallengelassen werden, denn gegen die Einwohner/Betroffenen wird auf Dauer das Betreiben unmöglich. Alle Anwesenden waren sich darüber einig, dass dieses Thema an einem Tag schwer allumfassend abzuhandeln sei und erklärten ihre Bereitschaft, individuellen Anfragen/Nachfragen jederzeit offen gegenüber zu stehen.

Auf ein Wort

Liebe Mitstreiterinnen, liebe Mitstreiter, schon wieder ist der erste Monat des neuen Jahres vorbei und es stellt sich die Frage, was haben wir in diesem ersten Monat geschafft. Die Landtagssitzungen der vergangenen Wochen haben Themen bearbeitet, die uns schon lange bewegen (u. a. Sondersitzung zum BER), aber auch mit den Beratungen nicht erledigt sind. Dazu kommen die Probleme in der Lausitz, was im Landtag „Verockerung der Spree“ heißt. In einer ganzen Region wird das Grundwasser verunreinigt, dessen Reinigung Millionen kosten wird. Da kommen dann die Absichtserklärungen auf europäischer Ebene die Wasserversorgung letztendlich zu privatisieren, einem wie Hohn vor und deshalb verweisen wir auf den Appell von Kerstin Kaiser (Seite 2). Wir möchten aber auch die Gelegenheit nutzen, Euch alle einzuladen, an der Kommunalpolitischen Aktivenkonferenz am 3. März 2013 in Potsdam teilzunehmen. Hier wollen wir gemeinsam mit dem Landesverband der LINKEN erste konkrete Bausteine liefern, mit denen wir gemeinsam in die vor uns stehenden Wahlkämpfe gehen werden. Anmeldungen hierzu sind über unsere Geschäftsstelle als auch über den Landesgeschäftsstelle der LINKEN möglich. In diesem Sinne,
Margitta Mächtig

Wasser bedeutet Leben, Wasser ist Menschenrecht - Gegen die Privatisierung der Wasserversorgung



derung an Zuschlagskriterien - etwa hinsichtlich qualitativer, sozialer, arbeitsrechtlicher oder Umwelt- Standards! Und dass große Konzerne freiwillig hohe Investitionen in Leitungsnetze, Qualität und Hygiene der Wasserversorgung tätigen werden, dürfte ihrer Geschäftslogik der schnellen und kurzfristigen Gewinnorientierung widersprechen und ist somit höchst unwahrscheinlich. Die dramatische Folge wird sein, dass die Privatisierung von Wasser zu Qualitätsverlust bei steigenden Preisen führen wird - so wie sich bereits in den letzten zwei Dekaden die zunehmenden Privatisierungsvorgänge in allen Branchen regelmäßig zum Nachteil der Verbraucherinnen und Verbraucher auswirkten und nur das Profitstreben der Konzerne bedienten.

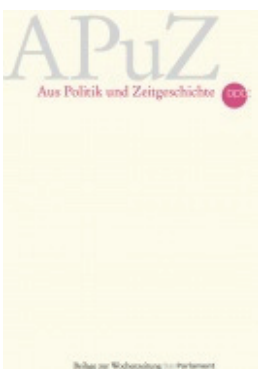
Der Zugang aber zu sauberem günstigen Wasser ist ein Grund- und Menschenrecht. Daher darf Wasser keine Handelsware und kein Objekt von Spekulationen werden! Aus diesem Grund unterstützen auch wir, DIE LINKE in Brandenburg, die europaweite Petition „Wasser ist ein Menschenrecht“ und rufen alle Kommunen, Bürgerinnen und Bürger dazu auf, diese bis September 2013 mit zu unterschreiben! → <http://www.right2water.eu/de/>

Bereits über 954 Tausend Unterschriften konnten gesammelt werden. Um erfolgreich zu sein, werden wiederum 1 Millionen Stimmen benötigt. - Einflussnahme ist noch möglich! Denn die letzte Entscheidung steht noch aus: Im April wird das Plenum des EU-Parlamentes entscheiden und erst anschließend beginnen im Ministerrat die Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten.

Herzlichst, Kerstin Kaiser

Sprecherin für Europapolitik im Landtag Brandenburg

Liebe Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker,
vergangene Woche nahm der Binnenmarktausschuss des Europaparlaments einen leicht veränderten Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie an, die die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen betrifft und die europaweite Vereinheitlichung der Vergabekriterien von Konzessionen. - Fatale Konsequenz der Umsetzung wäre u.a., dass Kommunen nicht mehr wie bisher selbst über die Organisation der lokalen Wasserversorgung vor Ort entscheiden könnten. Es müsste in allen Fällen, in denen zuständige Stadtwerke oder Zweckverbände nicht 100%ige Töchter der Kommunen sind eine EU-weite offene Ausschreibung erfolgen. Weiterhin bestünde bei den Ausschreibungen keine verbindliche Bin-



Lesetipp: Aus Politik und Zeitgeschichte 4-5/2013; <http://www.bpb.de/apuz/153115/alternde-gesellschaft> Im internationalen Vergleich gehört die deutsche Gesellschaft zu den ältesten. Das Durchschnittsalter lag 2010 bei 44 Jahren, weltweit dagegen bei 29 Jahren. Politisch besonders umstritten sind die Konsequenzen des Zusammenspiels einer alternden Gesellschaft und einer niedrigen Geburtenrate für den Arbeitsmarkt. Zu den Versuchen, das Erwerbspersonenpotenzial zu erhöhen, gehören Diskussionen über eine weitere Erhöhung und Flexibilisierung des gesetzlichen Rentenalters. Trotz der Aussichten auf ein im Durchschnitt längeres und aktiveres Leben dürfen Ältere, die in prekären Verhältnissen leben, nicht aus dem Blick geraten. Das Risiko der Altersarmut bleibt vor allem für Beschäftigte im Niedriglohnsektor hoch.

**Kommunalpolitische Aktivenkonferenz der LINKEN und
des kommunalpolitischen forums Land Brandenburg
Starke und selbstbestimmte Kommunen**

3. März 2013, 9.30 Uhr,

Kongresshotel Potsdam, Am Luftschiffhafen 1

Im gemeinsamen Dialog von BürgerInnen, KommunalpolitikerInnen und Sachverständigen werden wir die Entwicklungspotentiale und -hemmnisse der Brandenburger Kommunen analysieren und Schlussfolgerungen für linke Politik vor Ort ziehen. Grundlage der Debatte bilden die kommunalpolitischen Schwerpunkte des Leitbildentwurfes 2020plus der LINKEN Brandenburg. Die Problemstellungen sind vielfältig und die Bedingungen Brandenburger Kommunen oft von ihrer Nähe zum Großraum Berlin, aber auch von der eigenen Größe und der lokalen Wirtschaftskraft abhängig. Auch die demokratische und konstitutionelle Weiterentwicklung der Kommune als Ort der direkten BürgerInnenbeteiligung und der Ausbau effizienter und lösungsorientierter Verwaltungen, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für interkommunale Kooperationsprojekte und die Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit aller Kommunen werden bei der Konferenz Schwerpunktthemen sein.

Der gemeinsame zu gestaltende Großraum Berlin-Brandenburg bleibt Anspruch und Aufgabe zugleich. Das Wachstum Brandenburger Kommunen über Ländergrenzen hinaus und neue Mittelzentren im berlinnahen Raum erfordern die Arbeit an zeitgemäßen Lösungen überregionaler Zusammenarbeit. Starke Städte und vitale Gemeinden – dieser Vision verpflichtet ist die Kommunalpolitische Aktivenkonferenz ein Angebot an alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, im gemeinsamen Dialog die Zukunft unserer Kommunen solidarisch, gerecht und nachhaltig zu gestalten.

Zu diesem Dialog laden wir ganz herzlich ein.

Margitta Mächtig
Vorsitzende kommunalpolitisches forum
Land Brandenburg

Stefan Ludwig
Vorsitzender DIE LINKE.
Land Brandenburg

09.30 Uhr - 09.40 Uhr Eröffnung Margitta Mächtig, Vorsitzende des kommunalpolitischen forums

09.40 Uhr – 12.45 Uhr Workshops

1. Städte im berlinnahen Raum Chancen und Herausforderungen an künftige Entwicklung

Moderator: Daniela Trochowski/Lutz Amsel

2. Dörfer im berlinfernen Raum Chancen und Herausforderungen an künftige Entwicklung

Moderator: Irene Koeppe,Uwe Klett

3. Städte im ländlichen Raum Chancen und Herausforderungen an künftige Entwicklung

Moderator: Harald Petzold/Gerhard Rohne

4. Dörfer im ländlichen Raum Chancen und Herausforderungen an künftige Entwicklung

Moderator: Bettina Fortunato, Holger Kippenhahn

5. Kommunalverfassung und Demokratieentwicklung

Moderator: Stefan Ludwig/Margitta Mächtig

12.45 Uhr – 13.30 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr – 15.30 Uhr Plenum

13.30 Uhr "Die LINKE steht für starke und selbstbestimmte Kommunen", Stefan Ludwig, Landesvorsitzender der LINKEN Brandenburg, Vorsitzender der Enquete-Kommission des Landtages „Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020“

13.50 Uhr „Visionen werden in der Kommunalpolitik immer zu Messbarem“

Steffen Harzer, Bürgermeister von Hildburghausen, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN (angefragt)

14.30 Uhr Diskussionsbeiträge aus den Seminargruppen

Anmeldung: sekretariat@dielinke-brandenburg.de/ Fax: 0331-2000910/ Landesgeschäftsstelle der LINKEN Brandenburg -Sekretariat- Alleestr.3 14469 Potsdam



Besuch bei Freunden: Anlässlich des 20. Jahrestages des kommunalpolitischen forums Sachsen-Anhalts nahmen die Vorsitzende des kommunalpolitischen forums Land Brandenburg Margitta Mächtig und der Geschäftsführer Steffen Friedrich am 2. Februar 2013 an der Festveranstaltung in Magdeburg teil. Wieder einmal zeigte sich hier: Erfahrungsaustausch ist die billigste Investition. Rechtes Foto: Margitta Mächtig im Gespräch mit Michael Heinze (Mecklenburg-Vorpommern) und Gerald Grünert (Sachsen-Anhalt)

Umbau zu altengerechten Kommunen kostet 53 Mrd. Euro

Der demographische Trend der Alterung stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Um den spezifischen Bedürfnissen alter Menschen gerecht zu werden und ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, sind weit reichende gesellschaftliche, politische und planerische Aufgaben umzusetzen. Wie das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Rahmen einer aktuellen von der KfW Bankengruppe beauftragten Studie ermittelte, müssen bis zum Jahr 2030 gut 53 Mrd. Euro investiert werden, um Barrierefreiheit und damit eine altengerechte Infrastruktur zu schaffen. Mit der Studie liegen erstmals konkrete Zahlen für diesen Bereich vor, wodurch den Kommunen die Möglichkeit gegeben wird, ihre finanziellen Planungen diesbezüglich anzupassen. Laut der empirischen Difu-Studie ist der Investitionsbedarf bei Wohngebäuden, dem öffentlichen Personennahverkehr sowie bei Straßen und dem Wohnumfeld mit insgesamt rund 50 Mrd. Euro am höchsten. Die restlichen knapp vier Mrd. Euro werden für Sportstätten und Bäder, Pflegeeinrichtungen, Gesundheit, Verwaltungsgebäude sowie Kultureinrichtungen benötigt. Die Schätzungen beziehen sich auf die baulich-technischen Anpassungsmaßnahmen zur Barrierefreiheit.

Sämtliche Kommunen bestätigten einen großen Handlungsbedarf aufgrund des demographischen Wandels. 2030 wird bereits rund ein Drittel der Bevölkerung älter als 65 Jahre alt sein. In manchen Regionen wird bis 2025 der Anteil der „Über-Sechzigjährigen“ sogar über 40 Prozent liegen. Dies betrifft besonders ländliche Re-

gionen in Ostdeutschland, Süd-Niedersachsen, das Ruhrgebiet, das Saarland sowie Umlandregionen von Ballungsräumen. Laut der Umfrage sind bisher nur 63 Prozent der Zugänge des öffentlichen Personennahverkehrs barrierefrei, bei Straßen und Wohnumfeld 50 Prozent und bei den Gebäuden 20 Prozent. Als Hauptgrund für den Nachholbedarf nannten die Kommunalvertreter fehlende finanzielle Mittel.

Für die Studie wurden 400 Städte und Gemeinden befragt. Der Rücklauf lag bei 32 Prozent. Neben einer standardisierten schriftlichen Befragung wurden Fokusgruppengespräche und leitfadengestützte Telefoninterviews durchgeführt. In die Telefoninterviews wurden auch Vertreter von kommunalen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen einbezogen. Insgesamt wurden 31 Experten in die Gespräche und Interviews einbezogen. Ergänzend wurde eine umfangreiche Sekundäranalyse vorhandener Studien und Datenquellen durchgeführt. *difu*
<http://www.difu.de/publikationen/2012/altengerechter-umbau-der-infrastruktur-investitionsbedarf.html>

Impressum

Herausgeber:
kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V.
Kontakt: Geschäftsstelle, Heinersdorfer Str. 8, 16321 Bernau;
Tel./Fax.: 03338/459293-94; 459295
e-mail: kf-land-brandenburg-ev@gmx.de
www.kf-land-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Steffen Friedrich
Redaktionsschluss
Februar-Ausgabe : 04.02.2013